





Heer und Flotte.

Verurteilung eines deutschen Schutruppenoffiziers.

Hrensburg, 27. Jan. Das Kriegsgericht der 13. Division verurteilte den Leutnant v. Basi zum Infanterieregiment 84, ein früherer Schutruppenoffizier, wegen Mißhandlung Untergebener zu acht Tagen Gefängnis.

Das Hochseetorpedoboot S 126, das am 17. November 1905 vom Kreuzer „Andine“ bei einem Nachtangriff durchgegriffen wurde und sank ein halbes Jahr auf dem Meeresgrunde lag, ist nachrichten aus Kiel zufolge als vollst. seetüchtiges Schiff jetzt dem Torpedoschiff Württemberg für seinen Sonderdienst beigegeben worden.

Bei dem letztgenannten Zusammenstoß erkrankten damals ein Offizier und 32 Mann. Die Hebung war bei der großen Wassertiefe, 23 Meter, und der kümmerlichen Zapfzeit sehr schwierig. Am 8. Mai 1906 gelang der Nordischen Bergungsgesellschaft in Hamburg die Hebung des Borbortells, am 20. Mai die des größeren Hintertells. Die Kieler Reichswerft übernahm die Wiederinhandlung des Fahrzeuges, das mit einem Kautenauaufwand von 114 000 Mark erbaute S 126 ist wieder fahrtbereit. Die Leistung ist ein neuer Beweis für die Trefflichkeit des Gefüges und des Baumaterials unserer Torpedoböte. Da S 126 im Jahre seiner Fertigstellung den Unfall erlitt, wird es aus Jahre hinaus im aktiven Dienst verwendet werden können.

Nach dem Stapellauf der „Mains“ führen 15 kleine Kreuzer der Namen deutscher Städte. Bremen schenkte 1905 den Anfang, bisher haben auch Geseidde, Käte, Gelanden, außer Bremen und Hamburg Süder, Gertin, Kolberg, Danzig, Königsberg, Emden, sowie sieben Binnenhäute: Weich, Peitzig, Dresden, Wänden, Nürnberg, Stuttgart und Mainz. Da 38 kleine Kreuzer vorgesehen sind, haben noch 23 deutsche Städte Anwartschaft oder wenigstens Aussicht, eine Patenteile in der Marine zu erhalten.

Ausland.

Zu den Prager Unruhen.

Der tschechische Bürgermeister von Prag protestierte beim Ministerpräsidenten und beim Minister des Innern gegen die Räumung des Grabens am Sonntag, da das Publikum sich ruhig verhalten habe. Er erklärte, daß nur durch ein Bummels- und Fahrenverbot in Prag dauernd Ruhe und Ordnung geschaffen werden könne.

Der österreichische Ausgleich mit Ungarn.

Wegen des militärischen Ausgleichs mit Ungarn richteten Herikale und christlichsoziale Abgeordnete eine gegen den Reichsriegsminister von Schönath inhaft angelegte Interpellation an die österreichische Regierung. Gestern vormittag hat der Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses Julius Juß die angelegte Audienz beim Kaiser erbracht. Sie dauerte nahezu eine Stunde. Juß legte dem Monarchen den Standpunkt der Unabhängigkeitspartei auseinander. Auf diese Audienz wird keine Entschädigung in der Balkanfrage bringen, aber doch jedenfalls zur Klärung der Situation beitragen. Juß dürfte im Laufe der nächsten Wochen nochmals zum Kaiser berufen werden. Das eine wird die geistige Audienz, aber wohl zur Folge haben, daß man die Regelung der schwebenden Fragen mit Ungarn vorfristig und ohne Heberführung betreiben wird.

Mangel an Referentoffizieren in Frankreich.

Trotz der neuen Bestimmungen über die Beförderungen der Referentoffiziere ist der Mangel an geeigneten Referentoffizieren in Frankreich häufig im Nachteil begriffen. Bei der Infanterie fehlen gegen 400 Referentoffiziere; beim Train beträgt der Mangel ungefähr 45 Prozent, und nur die Artillerie hat heutzutage die erforderliche Anzahl Referentoffiziere aufzuweisen. Aber auch hier sind statt der erforderlichen 3837 nur 3115 Referentoffiziere vorhanden. Man will darum neue Bestimmungen zum Referentoffiziersersatz schaffen, die, zum Teil schon ausgearbeitet, die Ausbildungszeit beschränken sollen.

Japanische Spione.

Einen Telegramm der „Associated Press“ aus Guanaquif zufolge wurden drei Japaner festgenommen, als sie in der Nähe von Guenex die Grenze aufnahmen. Man glaubt, daß sie Spione im Dienste Perus oder Osterreichs der japanischen Armee sind.

Gerichtsverhandlungen.

Strafkammer.

Halle, 26. Januar.

Unredlichkeit bei Holzfuhrn.

Der Arbeiter Koch, jetzt in Bochum, hatte im vergangenen Sommer für eine Magdeburger Firma mehrfach Holzfuhrn von Kösdorf nach Bahnhof Burgkennitz zu be-

fordern gehabt. Er brachte von dem ihm anvertrauten Folge nach und nach für etwa 70 Mark beiseite und verkaufte es. Das Schöffengericht in Gräfenhainichen hatte ihn wegen Diebstahls und Unterdrückung zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Hiergegen hatte er Berufung eingelegt mit der Begründung, er sei damals in großer Not gewesen, auch habe man ihm unter der Hand zu verstehen gegeben, er dürfe von dem Hofe etwas behalten. Die Strafkammer glaube ihm aber letztere Ausrede nicht, sondern verurteile die Revision.

Schöffengericht.

Halle, 26. Januar.

Ein sozialdemokratischer Mitgliedspruch.

Ein Kesselschmied in Nietleben von längere Zeit eifriges Mitglied der sozialdemokratischen Partei gewesen. Nach Angabe des „Vollstättigen“ hat er sich früher sehr radikal gebildet. Er gelangte zu Ehren- und Vertrauensämtern, wurde Lagerhalter im Allgemeinen Konsumverein und Vorzeichen im Arbeitergesangsverein. Mit der Zeit laute indes sein sozialdemokratischer Enthusiasmus ab, und es kam zu immer härteren Differenzen. Großen Anstoß gab er in der Zeit der Beratungen über das sozialdemokratische Logenamt. „Schulverpflichtungsgesetz“. Damals hatte die Parteileitung die Parole ausgegeben, kein Sozialdemokrat solle, um nicht den Einfluß der „Pfaffen“ noch zu fällen, Trauen oder Trauungen vornehmen lassen. Trotz dieses Partei-Bannspruches beging der Kesselschmied die Fehler, auf einer Rindstau-Patenstelle zu verbleiben, noch dazu bei dem Rinde eines gleichfalls sozialdemokratischen Galtwirtes, der inzwischen der Partei auch untreu geworden ist. Schließlich kam es so weit, daß der Kesselschmied aus dem „Arbeitergesangsverein“ ausgeschlossen wurde; anstatt Mitglied zu sein, wurde er dem Verein kein geringeres Zutritt mehr bewies und sich Eigenmächtigkeiten erlaubte, z. B. bei der Anschaffung eines Rindstaudes im Werte von 12 Mark, das den Vereinsmitgliedern viel zu teuer erschien, da man sich doch nach der Deckung müße. Das Ende von diesem unheimlichen Liebes war, daß der Kesselschmied Anfang September vor. J. seinen Austritt aus der Partei erklärte. Sofort erschienen im „Vollstättigen“ ein Artikel, der dem Geschiedenen einen unrechtmäßigen, teilweise beleidigenden Nachruf widmete. Es wurden darin dem „Exgenossen“, der nunmehr auf der Bahnen des kommunalen Bürgervereins wandle, unflätere Imaginationen, Nichterfüllung finanzieller Verpflichtungen gegen die Partei und den Arbeiterverein vorgeworfen und noch anderes mehr. Die Partei habe an einem solchen Genossen nichts verloren. Infolge der Angriffe flagte der Kesselschmied gegen den Redakteur Däumig, der für die betreffende Nummer verantwortlich gezeichnet hatte, wegen Beleidigung. Auf forderte er eine Buße in Höhe von 400 Mark, da er durch die Miß Redakteur in seinem Erwerbe ganz erheblich geschädigt worden sei. Er pflegte Sonntags auch als Bärkchenhändler Geschäfte zu machen; seit Erscheinen des Artikels aber könne er „nurgleich sein“. Im die Bekanntheit habe er sonst mehr eine Waise von ihm. Am die Bekanntheit habe er sonst 200 Mark erzielt; um leibvergangene Bekanntheit dagegen habe er nicht einen Pfennig verdient. Das Schöffengericht war der Ansicht, daß die Bekanntheit seiner Bekanntheit in Arbeiterzeilen doch wohl in erster Linie durch seinen Austritt aus der Partei verursacht sei und erst in zweiter durch den Artikel. Es sprach ihn daher nur eine Buße von 200 Mark zu. Wegen der beleidigenden Nachreden des Auflasses, für die der Verteidiger des angeklagten Redakteurs verpfehlend den Beweis der Wahrheit zu erbringen suchte, wurde auf eine Geldstrafe von 100 Mark, sowie auf Publikationsgebühren erkannt.

Better-Ansichten.

(Zur Grund der Berichte des Reichs-Better-Dienstes.) (Nachdruck verboten.)

- 28. Jan. Miße. veränderlich, teils sonnig, Niederschläge, teils bewölkt, windig.
29. Jan. Windig mit Sonnenchein, teils Niederschläge, mit späterer Wärme.
30. Jan. Kesselschmied, nahe Null, Niederschläge, windig.

Leitung: Wilhelm Georg. Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinkmann; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Handelsteil: Erwin Alexander-Roh; für den Inseratenteil: Friedrich Endruat; Druck und Verlag von Otto Fendel, sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten —

Verbrauchte Nerven

kräftigt man durch Gebrauch von HYGIOFON, dem neuen auf elektrischem Wege hergestellten Eisenpräparat. Hygionon wird von ärztlichen Autoritäten als hervorragendstes Nahrungsmittel warm empfohlen; es regt den Appetit intensiv an. — Originalflaschen M. 1,75 und M. 3. — in den Apotheken erhältlich.

General-Depot für Deutschland: Dr. Wassermann, Frankfurt a. M., Theaterplatz 1.

wurden durch zwei oder drei Geistliche, hauptsächlich durch den Bischof Graßhoff, als Schrod. Und darin liegt der Schwerpunkt der Sache. Ueberlegte und fortschrittlich geistige Arbeiter, die Geistlichkeit besonders in den politischen Tendenzen entgegen zu stehen. Aber jeder politische schon geradezu brutalen Mißbrauchs der Autorität des priesterlichen Amtes und ihrer Stelle in den sozialen Vorkonventionen war die Demagogie des weltlichen Graßhoff und seiner Kontraste in Schrod.

Zu derselben Angelegenheit bemerkt der „Post“ in p: „Der Bischof Graßhoff soll die Redakteure des Postemp, Drendowit und Kurzer „Schulte“ genannt haben. Mir haben das nicht gehört; aber die Leute, die es gehört haben, wollen es bezeugen. Wir wundern uns über die Bürgerlichkeit in Schrod, daß sie den Geistlichen Graßhoff, der doch geradezu noch ein Geistesrißel ist, zulassen konnte, um die politischen Redaktionen zu kommandieren. Hätte sich eine solche weltliche Person, die nicht in das geistliche Gewand gekleidet war, auf der Straße gezeigt und hätte sie kommandieren wollen, so hätte man ihr laut gesagt: Grüner Junge, erreged das Volk nicht, das in politischen Angelegenheiten noch blind das glaubt, was der Geistliche sagt! Redakteure Schulte schimpfen und die Richter gegen sie aufheben, das ist ein wenig zu viel, und am wenigsten steht das einem katholischen Geistlichen zu Gesicht. Das ist planmäßige Arbeit und um so verwerflicher, als sie unter einer Wählerhaft ausgeübt wird, die in politischer Beziehung jeder Selbständigkeit entbehrt und die nichts anderes ist, als eine blind gehorchende Masse, die jeder Fittre hinüber, wohin er will.“

Vermutlich wird der Bischof Graßhoff mit seiner Werberarbeit Erfolg haben. Aber auch wenn dies nicht der Fall sein sollte, unter allen Umständen hat er sich dadurch ein Versehen erworben, daß sein Auftreten ein politisches Organ zu der Erklärung veranlaßt hat, es handele sich bei der politischen Tätigkeit der katholischen Geistlichkeit um planmäßige Arbeit!

Die Folgen der Dresdener Demonstrationen.

Wegen der Dresdener Wahrfreidemonstrationen erhielten eine große Anzahl Personen Strafmmandate. Es lauten fast durchgängig auf Haftstrafen in Höhe von 3 bis 14 Tagen. Diese polizeilichen Strafen sind, wie schließliche Mäntel, mittelt, distinkt wegen groben Ungehorsams und Beteiligung an einem nicht genehmigten Umzug.

Der Kölner Arztstreit.

Der Arztstreit wird am 1. Februar in vollem Umfang in die Erscheinung treten. Bekanntlich gelten die Verträge, die seitens der Regierung mit den Kölner Ärzten abgeschlossen wurden, nur bis zum 31. Januar. Darin war die freie Arztwahl vorgesehen, während früher die beschränkte freie Arztwahl galt. Die Kölner Ärzte weigerten sich, die Verträge auf der Grundlage der beschränkten freien Arztwahl zu verlängern, weshalb der Krankenassenverband mit 69 auswärtigen Ärzten neue Verträge abgeschlossen hatte. Jetzt erklären die organisierten Ärzte von Köln und Umgegend, ab 1. Februar keine Kassennmitglieder und auch keine Familienangehörige derselben unter keinen Umständen, auch nicht gegen Bezahlung, zu behandeln. Acht Kölner Ärzte, die im April vorigen Jahres mit dem Krankenassenverband neue Verträge abgeschlossen hatten, wurden vom Ehrengericht wegen Ehrenwortbruchs zu einem Verweis und 300 Mark Geldbuße verurteilt.

Parlamentarisches.

Wie die Antiklosterrede des konservativen Abg. Fehn, n. Nichtigkeiten am Montag im Abgeordnetensaal und sein Eintreten für ein Bündnis mit dem Zentrum vom dem leichtem aufgeführt wird, zeigt folgende Stelle aus dem Bericht des Parlamentarischen Korrespondenten der „Köln. Volksztg.“:

„Und nun kommt die wirkungsvollste Stelle der Rede, das feierliche Bekenntnis v. Nichtigkeiten zu christlichen Grundwahrheiten in der Politik, mit dem Wunsch, daß das, was die christlichen Parteien trennt, immer mehr zurücktreten möchte. Demonstrationer Beifall auf den konservativen Bänden und in der Mitte folgt. Die Linke wird unruhig und unwillig. Drohungen von Nationalisten mischen sich in den Beifall. Das Bekenntnis ist unermittelt gekommen, ein freimütiges Wort des temperamentsvollen Redners, der seine Wahl der Hilfe von 6000 Zentrumsmännern verdankt. Eine offizielle Parteifundgebung soll es nicht sein, so verpfehlend mir ausdrücklich Fehn v. Nichtigkeiten.“

Allgemeine Mitteilungen.

— Eine sächsische Sondergwerbsteuer, die sich gegen die Konsumvereine und Warenhäuser richtet, ist jetzt der Stadt Görlitz, nachdem sie vom Ministerium abgelehnt worden war, in veränderter Form genehmigt worden. Sie tritt am 1. April in Kraft.

Grosser Räumungs-fussverkauf. Geschäftshaus J. Lewin Halle a. S., Marktplatz 2 u. 3. Größtes Kaufhaus der Provinz Sachsen.

